

Friedenspolitik und Friedensbewegungen in der Bundesrepublik

Autor(en): **Schauer, Hartmut**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **148 (1982)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-54420>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Friedenspolitik und Friedensbewegungen in der Bundesrepublik

Hartmut Schauer

Auch in der Bundesrepublik Deutschland schwappt eine «Friedenswelle», deren Gründe der Autor nachgeht. Aber darüber hinaus ist die Sehnsucht nach Frieden weltweit: Abrüstung, einseitiger Gewaltverzicht? Die Fragen der Friedenssicherung sind politischer Art, berühren aber die Streitkräfte ganz wesentlich. ewe

1 Rüstungskontrolle – Neutralität

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf Androhung und Anwendung jeglicher Gewalt verzichtet und diese **Friedenspolitik** bisher mehr als ein Vierteljahrhundert erfolgreich vollzogen. Kriegsverhütung und Krisenbewältigung sind innerhalb der Rüstungskontrollpolitik wesentliche Eckpfeiler und bilden die Grundlagen der westlichen Sicherheitspolitik. Die bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen mit ihren Teillösungen sind so gesehen nicht etwa Selbstzweck für die eine oder andere Seite, sondern Mittel zum Zweck, das Gleichgewicht auf vertraglich vereinbarter, herabgesetzter quantitativer und qualitativer Ebene herzustellen. Die Rüstungskontrollpolitik versucht Waffen und Streitkräfte zu beschränken und hilft die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten der Verteidigungspolitik abzubauen. Es kristallisieren sich einige wesentliche Kernpunkte heraus:

- Förderung der Stabilität des Gebrauchs militärischer Macht;
- Begrenzung des Umfangs militärischer Rüstungen, um militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen.

Vertrauensbildende Massnahmen (SALT I, die Wiener Truppenabbauverhandlungen MBFR und SALT II) trugen dazu bei, dass sich Osten und Westen im Verlaufe der Verhandlungen in ihren Standpunkten etwas annähern haben. Der Warschauer Pakt hat inzwischen – wenigstens dem Grunde nach – die westlichen Hauptforderungen nach Parität und Kollektivität anerkannt. Allein schon die Tatsache eines Dialogs überhaupt, wirkt gewissermassen stabilisierend und

trägt dazu bei, zumindest die Gefahr einer möglichen Konfrontation herabzusetzen.

Der Ruf nach vollständiger und **weltweiter Abrüstung** ist unüberhörbar, und welch denkender Mensch würde ihm, zumindest unter vernünftigen Verwirklichungschancen, nicht gerne folgen. Schon im 19. Jahrhundert ergaben sich solche Bestrebungen; die Menschheit in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fühlte sich durch die damals beginnende forcierte technische Rüstung ebenso bedroht, wie dies heute durch die schrecklichen ABC-Waffen der Fall ist. Die Erfindung des Dynamits mit einer für den damaligen Menschen nahezu unvorstellbaren Vernichtungskraft schockierte diese ebenso, wie die Verwendung von Giftgas für militärische Zwecke.

Heute wandelt sich auf der Erde alles schneller, und jede Veränderung bringt neue Spannungen und Ängste mit sich. Die Abhängigkeiten untereinander nehmen zu, und schon aus einem unbedeutend erscheinenden, lokalen Zusammenstoss kann sich ein umfassender militärischer Konflikt entwickeln. **Die Steuerung der Weltpolitik**, und somit besonders auch der Sicherheitspolitik, wird schwerer und unsicherer. So wie das menschliche Leben voll von Konflikten, Ängsten und Aggressionen ist, die man nicht einfach abschaffen kann, ist es verständlich, dass es eine totale Sicherheit mit einem vollkommenen und weltumspannenden Frieden (noch) nicht gibt.

Wie der bekannte westdeutsche Friedensforscher, Professor Wolf Graf von Baudissin (General a. D. der Bundeswehr) treffend ausführt, brächte

selbst eine gelungene Entwaffnung aller Staaten (hierzu sind nicht einmal Ansätze vorhanden) nicht eine konfliktfähige und schon gar nicht konfliktfreie Welt. Auch die so sehr gewünschte Abschaffung aller Nuklearwaffen zieht Wechselwirkungen nach sich.

Die über 150 Kriege, die ab 1945 im Süden der Erde geführt wurden, sprechen jedenfalls für die Annahme, dass erst die Einführung der Kernwaffen die beiden rivalisierenden Lager der nördlichen Erdhälfte zum Umdenken zwangen. Ein Weg, die recht komplizierten Zusammenhänge wenigstens grob in den Griff zu bekommen, ist die **Rüstungssteuerung**. Diese erfordert vor allem rege Zusammenarbeit unterschiedlichster Bereiche. Positive Erkenntnisse sind nur dann erkennbar, wenn sich die Beteiligten zumindest annähernd über Sicherheitsbedarf, Strategien und Mittel einigen können und für die Dauer dieses Prozesses die Öffentlichkeit nicht mit möglicherweise falsch zu interpretierenden Teilergebnissen verwirren. Diese Art von Bewältigung erfordert wegen der bestehenden Unterschiede und Differenzen der weltbeherrschenden Mächte letztlich ein hohes Mass an Kooperationsbereitschaft, welche sich bis zu einer gewissen Partnerschaft entwickeln müsste, wenn es darum geht, einen weltzerstörenden Krieg zu verhindern.

Viele Bundesdeutsche, besonders die Anhänger und Freunde der Friedensbewegungen unterschiedlichster Herkunft und Zielsetzungen, vertreten die Auffassung, dass die **Neutralität und Blockfreiheit der Bundesrepublik Deutschland** den ersehnten sicheren Frieden auf Dauer und eine Garantie, von den Schrecken eines Krieges verschont zu bleiben, gibt. Diese Bestrebungen werden von der östlichen Seite massiv gefördert und unterstützt; eines der hauptsächlichen politischen Ziele ist hierbei, die Bundesrepublik zu veranlassen, aus dem NATO-Bündnis auszuscheren, die enge Anlehnung an die USA aufzugeben (der Antiamerikanismus wird wieder einmal kräftig geschürt!), um so das Kerngebiet und Herz von Mitteleuropa zu neutralisieren.

Politische, militärische und geostrategische Fakten geben allerdings diesem **Wunschdenken** wenig Aussichten auf Erfolg. Der politische und menschliche Wunsch einer friedlichen Wiedervereinigung oder wenigstens einer entsprechenden sozialen Annäherung der beiden deutschen Staaten müsste fallengelassen werden, da die Sowjetunion grundsätzlich von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgeht, die

von völlig unterschiedlichen Gesellschaftssystemen voneinander getrennt sind. Eine einseitige Neutralitätserklärung durch die Bundesrepublik würde also die Chancen einer Wiedervereinigung eher verschlechtern.

Die Neutralität würde auf weite Sicht gesehen die militärische Position und die Verteidigungsfähigkeit verschlechtern und so die Gefahr der politischen Erpressbarkeit und weiterhin die Gefahr eines Krieges eher erhöhen. Weltweit würde die Balance zwischen den Grossmächten mit deren Einflusszonen erheblich verändert werden mit den dann eintretenden Folgen und Risiken für den weltweiten Frieden.

2 Frieden – Friedensbewegungen

Einen **andauernden Frieden** unter der Menschheit zu schaffen und zu erhalten, gehörte schon immer zu den Zielsetzungen zahlreicher Gesellschaftsordnungen, Religionsgemeinschaften, Reiche und Einzelpersonen mannigfaltiger Prägung.

Aber allein in den letzten 3400 Jahren waren nur 234 Jahre ohne einen grösseren Krieg! Eine niederschmetternde Realität! Dabei ist allerdings das «Aneinandergeraten» von einzelnen Bevölkerungsgruppen oder ganzer Staatenbündnisse nicht etwa ein zufälliges Aufeinanderprallen momentaner Wünsche und Interessen; die Ursachen liegen viel tiefer im Gemüt und in der Triebhaftigkeit des Menschen, der schon immer zu oftmals unnötigen und unmotivierten, sinnlosen Aggressionen geneigt hat, die dann zu schrecklichen Situationen in Form von Gewalt, Unrecht, Grausamkeit und so zu unsäglichem Leid führten. Viele Gründe mögen hierfür ursächlich sein, ganz wird auch die fortgeschrittene Wissenschaft diese dunklen Konflikte und deren Ursachen, vor allem die hiermit verbundenen Wechselwirkungen, nicht in den Griff bekommen. Nur einige von vielen Gründen seien genannt, die das Zusammenleben der Menschen miteinander unnötig erschweren und Konflikte geradezu herausfordern: Fanatismus, kleinkarierte Rechthaberei, Trotz, Hass, Machtstreben, Neid, Gier und vor allem überzogenes Leistungsdenken gehören dazu.

Ist Frieden daher nur «Nichtkrieg» oder aber die Pause zwischen zwei Kriegen? Clausewitz bezeichnete in seinen Werken vor 200 Jahren den Krieg noch als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Heute aber hat sich das technische und auch soziale Konfliktbild entscheidend gewandelt. Das Vorhandensein eines riesigen A-Waffenpotentials in den beiden domi-

nierenden Machtblöcken, die moderne Waffentechnik überhaupt, lassen die Geisel Krieg noch viel bedrohlicher als in der Vergangenheit der Fall, erscheinen. – Gerechte Kriege gibt es nicht, einzige berechnete Gewaltanwendung ist die kollektive Notwehr und Nothilfe.

Friedensbewegungen lassen sich bis weit in die frühe Geschichte belegen. Sind nicht vor allem die meisten Religionsgemeinschaften, besonders das Christentum, im Grunde nichts anderes als grosse Friedensbewegungen? Auch für den Bereich der Bundesrepublik sind sie kein Novum, sie begleiteten den Dialog um die deutsche Wiederbewaffnung und versuchten, den Aufbau der Bundeswehr in den frühen 50er Jahren zu verhindern. Vor den Gefahren und den Schrecken der Wasserstoff- und Atombomben wurde in diesem Zusammenhang genau so gewarnt, wie heute vor der atomaren Raketengefahr. Damals fanden die Gegner einer Wiederbewaffnung zusätzlich noch offene Unterstützung einer führenden politischen Partei, die heute selbst die Regierungsverantwortung übernommen hat und offiziell die Verteidigungsbemühungen innerhalb des NATO-Bündnisses gutheisst.

Es ist falsch, Friedensbewegungen vorab zu verurteilen; ein Grossteil ihrer Angehörigen handelt aus durchaus anerkanntswerten moralischen und auch vernünftigen Gründen. Der intellektuelle «harte Kern» stellt eine Gruppierung elitärer, weitsichtiger Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Kirchen dar.

Die **Bonner Friedensdemonstration** und ihr gewaltloser Verlauf im vergangenen Jahr hat allen deutlich gemacht, dass sie Ausdruck echten Friedenswillen ist. Was manchem vorher oder hinterher als zentralgesteuerte, ferngelenkte kommunistische Kampagne erschienen sein mag, ist tatsächlich nicht eingetreten, sondern ist das Resultat einer unübersehbaren Schar von Einzelinitiativen bundesweit. Sicherlich lag ein Teil der Organisation in den für derartige Veranstaltungen geübten Händen kommunistischer Gruppen. Es befanden sich aber «nur» rund 23 000 Kommunisten unter den nahezu 300 000 Teilnehmern; diese Zahl erhält noch eine andere Bedeutung, wenn man bedenkt, dass es insgesamt in der Bundesrepublik nur 40 000 DKP-Mitglieder gibt. Die weitaus grössere Masse sind: «Bunte und Grüne», Neutralisten, Pazifisten, einseitige Abrüster, Gewerkschafter, Feministinnen und evangelische und katholische Kirchenjugend.

Dies sind die Personenkreise, die glauben, mit **einseitigem Gewaltverzicht**, notfalls unter Aufgabe aller demokratischen und freiheitlichen Erregenschaften, sich so den Frieden erkaufen zu können. Ein idealistisch schöner Traum, der allerdings an den Realitäten scheitert. Schon immer hat einseitige Schwäche den Stärkeren veranlasst, den Schwächeren zu unterdrücken, ihm die Freiheit zu nehmen und so schon wieder den Keim für neue Kriege und Gewalttaten zu säen. Einseitiger Gewaltverzicht, angenommener Weise der Bundesrepublik, würde die gesamte Sicherheitslage auf der Erde ohnehin nur unwesentlich beeinflussen. **Konflikte unvorstellbarer Grössenordnungen** zeichnen sich vor allem in Hinblick auf die 3. und 4. Welt ab. Die dort herrschende Krisenanfälligkeit kann zukünftig eskalieren und sich weltweit ausbreiten. Viele dieser Länder besitzen schon heute spaltbares Material und es ist nur eine Frage der Zeit, wann es dort Atomwaffen geben wird. Die «reichen» und genauso die armen Länder des Südens stecken riesige Geldmittel in die Rüstung, kaufen ganze Produktionen westlicher und östlicher Rüstungsfirmen auf und schaffen durch diese Waffenanhäufungen neue Konfliktmöglichkeiten. Überfälle und Eroberungskriege gegen «schwächere» Nachbarn sind an der Tagesordnung, eine traurige Folge nach dem Wegfall der «Klammer» kolonialer Unterdrückung!

Lebensangst dürfte für viele der Anhänger der Friedensbewegungen die innerste und tatsächliche Motivation sein, die sie zu Anhängern einer der Friedensbewegungen werden lässt. Die Angst war noch nie eine gute Ratgeberin des Menschen: Entschlusslosigkeit, Panik, Unfähigkeit und Chaos waren schon immer ihre mittelbaren Folgen, wenn sie im Denken und Handeln der Menschen Oberhand gewinnen konnte.

Sicherheit ist immer nur auf der Basis einer glaubhaften Verteidigungsfähigkeit erhaltbar, die das Risiko für einen Angreifer in dem Masse erhöht, dass er von einer Aggression absehen muss. An dieser Tatsache führt kein Weg vorbei, wobei natürlich über die Ebene und die Beschaffenheit der «Sicherheitsschwelle» durchaus verhandelt werden kann. Wer sich aber leicht von der Angst die Sinne vernebeln lässt, mag bedenken, dass das Leben zu jeder Minute «lebensgefährlich» ist. Unabwägbar Gefahren bedrohen täglich das menschliche Leben, dagegen gibt es keinen optimalen Schutz. Opfer eines Unfalles oder Verbrechens, einer Katastrophe oder einer unheilbaren

Krankheit kann jeder sein, das Leben ist immer bedroht und man sollte auch bei allen Fragen der äusseren Sicherheit daran denken, dass es unklug ist, sich in übermässige Angst hineinzusteigern oder Probleme herbeizureden.

Beim Dialog der Friedenskämpfer fällt zusätzlich auf, dass sie neben der schon erwähnten **Einseitigkeit** bei der Wahl der zu ergreifenden Massnahmen auch die beiden grossen Lager nicht gerecht und objektiv beurteilen. Während die Weltmacht USA kritisch beäugt und gemassregelt wird, wenn sie sich tatsächliche oder mutmasslicher Verstösse gegen Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit schuldig macht, geht der Osten, der von einem dichtmaschigen Netz von Zuchthäusern, Straflagern und «Nervenkliniken» überzogen ist, recht gut aus. Die Überbewertung von Sachverhalten auf der einen und das grosszügige Übersehen von Gewaltandrohung und -anwendung auf der anderen, lässt jedenfalls vermuten, dass es dem Osten doch mindestens gelungen ist, die idealistisch strukturierten Friedensbewegungen für sich arbeiten zu lassen.

So darf den Friedensbewegungen empfohlen werden, ihre Glaubhaftigkeit dadurch zu demonstrieren, indem sie **ernsthaft und objektiv** von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen, um so wirklichen Einfluss auf die Regierungen zu erlangen und diese zu fortwährenden Aktivitäten zur Friedenserrlangung und vernünftigen Abrüstung zu veranlassen. Nicht dekorativ für derartige Massnahmen sind allerdings die **Mitläufer**, die alles verändern und Errungenschaften «unter dem Banner des Friedens» vernichten wollen, von denen sie ohne viel Anstrengung gut leben; diese ewig Unzufriedenen sind sicherlich keine «echten Friedenskämpfer».

3 Auswirkungen auf die Bundeswehr

«Alle reden vom Frieden, wir sichern ihn.» Halb ironisch, im Grunde aber wirklich zutreffend hat auch die **Bundeswehr im Dialog** zu Frieden und atomarer Abrüstung eine Aussage gemacht, die sich dem Niveau der Auseinandersetzung angeglichen hat.

Man könnte meinen, dies alles hat sehr wesentliche Auswirkungen auf die Bundeswehr und besonders auf die jungen, wehrpflichtigen Soldaten. Die Wirklichkeit ist jedoch ganz anders. Es sind derzeit **keinerlei Zweifel oder gar Auflösungserscheinungen** von innen her festzustellen. Der «innere Frieden» in den Verbänden der Streitkräfte ist gerade heute – und das bestätigen

Wehrpflichtige und Berufssoldaten gemeinsam – stabil und gut wie immer. Im Gegenteil: Es gibt derzeit weniger Schwierigkeiten und Disziplinarverstösse wie noch vor einigen Jahren; die jungen Wehrpflichtigen sind in der überwiegenden Zahl gut motiviert, verrichten ihren militärischen Dienst nicht gerade mit heldenhafter Begeisterung – was auch niemand von ihnen erwartet –, aber mit einer insgesamt recht positiv zu bezeichnenden Einstellung.

Die recht liberale Einstellung der deutschen Bundesregierung zur Wehrdienstverweigerung mit der Möglichkeit, alternativ Zivildienst zu leisten, bedingt, dass schon von Anfang an ein sehr grosser Teil möglicher Unruhestifter überhaupt nicht eingezogen wird. Die Wehrpflichtigen, die sich für den Dienst mit der Waffe entscheiden, haben ihren Entschluss, soweit es wenigstens Jugend und Mangel an Lebenserfahrung zulassen, vorher reiflich überdacht. Andererseits ist aber die Zahl der Wehrdienstverweigerer ständig im Steigen und erst die geplante überdurchschnittliche Verlängerung des Ersatzdienstes wird zeigen, wo die materiellen Gründe bei den Verweigerern enden und die wirklich ideellen beginnen.

Natürlich tragen auch gelegentlich Anhänger von Friedensbewegungen trotz allgemeinen Verbotes während öffentlicher Veranstaltungen **demonstrativ Uniform**, diese Einzelaktionen sind jedoch für die gesamte Bundeswehr überhaupt nicht verbindlich. Verstösse gegen das Verbot anlässlich politischer Veranstaltungen Uniform zu tragen, sind auch schon unter anderen politischen Vorzeichen vorgekommen. In der Praxis allerdings dauern derartige «Gastspiele» nicht lange, die Militärpolizei ist verpflichtet, derartige Soldaten festzunehmen und führt dies auch aus. Widerstand leistende Soldaten laufen Gefahr, in Handschellen abgeführt zu werden und sehen zumindest einer disziplinarischen Bestrafung entgegen.

Noch führen die Friedensbewegungen ihren **«Kampf um Frieden»** (eigentlich ein Widerspruch in sich) allein **auf der politischen Ebene**; die Bundeswehr selbst, als ausführendes Organ staatlicher Macht, gehört nicht zu den erklärten Zielobjekten. So sind die Angriffe gegen Soldaten und Einrichtungen der Bundeswehr, die vor allem 1980 einen Höhepunkt erreichten, nicht Aktionen der Friedenswilligen, sondern kleiner, militanter radikaler Gruppierungen, die in der Bewegung **«mitschwimmen»**.

Aber ganz gehen die aktuellen Ereignisse an den jungen Männern in Uniform nicht vorbei: Sie stellen sich und den Vorgesetzten manche Fragen, die sich mit der wirklichen Sicherheitslage, den Bedrohungen und der Gefahr der atomaren Vernichtung auseinandersetzen. Bei den Diskussionen über diese Problematik herrscht allgemein betonte Sachlichkeit vor. Auch Offiziere und Unterführer befassen sich mit den **Fragen der Friedenssicherung**, gelegentlich recht kritisch. Es gibt Arbeitskreise unterschiedlicher Anschauungen und Zielsetzungen, manchen Berufssoldaten scheint vor allem die atomare Schwelle nach der geltenden Verteidigungsdoktrin der NATO etwas «zu niedrig» angesetzt und der konventionelle Bereich entsprechend vernachlässigt. In den regelmässigen Unterrichten im Rahmen der staatsbürgerlichen Bildung werden realistische Informationen vermittelt, falsche Vorstellungen zurechtgerückt oder ergänzt. Das Zentrum Innere Führung, zuständig für die «Geistige Rüstung» und Publikationen des Verteidigungsministeriums, erteilt praktische Hilfen und glaubhafte Informationen, sie geben Denkanstösse und helfen mit bei der Bewältigung der Gesamtproblematik. Allerdings fehlt jeglicher Aufruf zum Hass vollkommen! Auf weite Sicht betrachtet dürfte allerdings der heute für die Bundeswehr noch günstige Trend umschlagen, wenn man berücksichtigt, dass gerade junge Leute massgeblich Angehörige der Friedensbewegungen sind und dem Wehrdienst immer kritischer entgegen stehen werden. Jedoch bleibt auch hier die Entwicklung erst einmal abzuwarten. Aktionen gegen die Bundeswehr sind auf weite Sicht nicht auszuschliessen, wahrscheinlicher noch bei den alliierten Verbündeten, deren Generäle schon heute von der «Roten Armee» bekämpft werden.

Konkrete Pläne veröffentlichte indessen der Bundesverband der «Grünen» in einem «Dreijahresplan».

Für den Herbst 1981 waren «Anti-Manöver» und grossangelegte Demonstrationen gegen Atomdepots geplant, wovon die Bevölkerung allerdings nichts gemerkt hat. Im Frühjahr 1982 sollen mit sogenannten «Die-ins» Kasernen, Standortskommandanturen und Kreiswehersatzämter blockiert werden. Für Sommer und Herbst 1982 stehen «Fastentage» vor Atomanlagen und Waffenfabriken sowie «Anstreichen militärischer Anlagen mit Blut» auf dem Programm.

Statt eines Ausblicks sei Jean-Jaques Rousseau kurz zitiert: «Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will!» ■